

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

19.09.2009 /19.20-19.50 Uhr
20.09.2009 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- Zu wenig Transparenz und zu wenig Informationen? Schwierige parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr - Interview mit Winfried Nachtwei, scheidender sicherheitspolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen
- Atommacht Nordkorea – kann die Staatengemeinschaft das Nuklearprogramm stoppen?
- Eingreifverbände ohne Einsatzbefehl? EU-Battlegroups auf dem Prüfstand

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal beschäftigen wir uns mit folgenden Themen:

- Zu wenig Transparenz und zu wenig Informationen? Schwierige parlamentarische Kontrolle der Bundeswehr.
- Atommacht Nordkorea – kann die Staatengemeinschaft Pjöngjangs Nuklearprogramm stoppen? Und:
- Eingreifverbände ohne Einsatzbefehl? EU-Battlegroups auf dem Prüfstand.

Am kommenden Wochenende wird ein neuer Bundestag gewählt. So mancher prominente Politiker wird diesmal nicht mehr kandidieren. Verzichtet hat auch Winfried Nachtwei. Insgesamt 15 Jahre hat der Verteidigungsexperte der Bündnis-Grünen im Bundestag gesessen. Nachtwei gilt als einer der profiliertesten Sicherheitspolitiker im Parlament. Er war unbequem, und er hat von der Bundesregierung immer wieder mehr Transparenz und mehr Informationen über die Einsätze der Bundeswehr angemahnt. Schließlich ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Doch das Verteidigungsministerium macht es den Ab-

geordneten nicht leicht, ihrem Auftrag nachzukommen. Ich habe Winfried Nachtwei gefragt, warum Appelle nach mehr Offenheit bei der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr auf so wenig Resonanz stoßen:

Interview Flocken / Nachtwei

Nachtwei: Ich kann es mir selbst nicht so richtig erklären, weil dieser Mangel an Transparenz disfunktional ist. Es ist schlichtweg unklug. Es schafft eher Misstrauen, es fördert gegebenenfalls auch Inkompetenz. Das ist schon ein Element von politischer Dummheit und dieser Mangel an Transparenz ist auch nicht legitimierbar durch wirklich schutzbedürftige Interessen: Also bei bestimmten geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen, wo es um den Schutz von Operationen geht, den Schutz von Personen und Familien. Meine grundsätzliche Erfahrung ist inzwischen, dass wir bei diesen Unterrichtungen von oben immer einen Beschönigungsfaktor mit einkalkulieren müssen. Wahrscheinlich ist das bei jeder hierarchischen Organisation so, wo am Ende meistens die Botschaft ist: die Situation ist schwierig, wir haben Probleme, aber wir sind auf einem guten Weg und wir haben die Probleme im Griff.

Flocken: Können Sie ein Beispiel nennen, wo Transparenz gut getan hätte, aber unnötiger Weise Informationen nicht gegeben worden sind?

Nachtwei: Ein Extremfall, ein besonders deutlicher Fall, ist das Kommando Spezialkräfte: die Einsätze des KSK in Afghanistan seit 2002, wo nichts gegenüber der Öffentlichkeit gesagt wurde. Dann, unter Verteidigungsminister Struck, sind wir Obleute mit gewissen Abständen unterrichtet worden: wann gab es Operationen? Wo? Was war der Zweck? Das Ergebnis. Aber gegenüber der Öffentlichkeit: nichts! Die Folge davon war, dass es auf der einen Seite sozusagen zu einer Verklärung dieser Supertruppe kam, auf der anderen Seite zu einer Dämonisierung, wo diesen KSK-Soldaten wirklich alles zugetraut wurde. Ich erinnere mich noch an einen Bericht einer bedeutenderen Illustrierten vor ein paar Jahren, wo es dann hieß: Ja, KSK-Soldaten für das Liquidieren von Drogen-Baronen. Also, Verklärung und Dämonisierung in verschiedene Richtungen. Das aber hat mit der Realität des KSK sehr wenig zu tun. Und das macht es den KSK-Soldaten selbst auch schwer, weil sie von einem Teil der Bevölkerung unter einen fürchterlichen Generalverdacht gestellt werden.

Flocken: Hat diese Verschlossenheit und mangelnde Informationspolitik in all den Jahren eher zugenommen, oder hat es auch Ansätze von Transparenz gegeben?

Nachtwei: Am offensten habe ich es unter Minister Struck erfahren, der auch mit haarigen Problemen direkt zu den Obleuten gekommen ist. Der hat uns das eröffnet, und dann war das Problem auf dem Tisch. Das ist dann hinterher unter Jung wieder erheblich zurückgegangen. Und das hat sich in den letzten Tagen ja in extremer Weise dann bei dem Luftangriff bei Kundus gezeigt, wo wir in einer Spärlichkeit unterrichtet wurden, das grenzte schon an eine Informationssperre.

Flocken: Wie kann man denn dieser sehr restriktiven Informationspolitik aus Ihrer Sicht entgegenwirken?

Nachtwei: Man kann - das tue ich ja auch als Abgeordneter, andere Kolleginnen und Kollegen tun das auch - dann Briefe an das Ministerium schreiben. Kleine Anfragen usw. Aber da bekommt man auch immer wieder mit, wie oft dann ausgewichen wird. Anfragen im Bundestag selbst: das ist allerdings sozusagen die Spitzenebene der ausweichenden Regierungsantworten. Ich brauche daher viele andere Quellen. Ohne die bin ich aufgeschmissen. Und deshalb sammle ich schlichtweg auch Visitenkarten, wenn ich in die Einsatzgebiete gehe. Ich brauche also ein Netzwerk von verschiedenen Leuten, die einem auch ungeschminkt was sagen. Das ist von entscheidender Bedeutung, das ist politisch überlebensnotwendig.

Flocken: Nun ist aber auch zu hören, dass die Bundeswehr gerade auch ihre Presseoffiziere und Öffentlichkeitsarbeiter ausbildet in einer Weise, dass man eben sagt, Transparenz und Offenheit sind notwendig. Wenn die aber dann auf ihren Dienstposten kommen, dann sind sie manchmal durchaus desillusioniert. Liegt das nicht auch an der politischen Führung, die Vorgaben macht, die dieses Prinzip der Offenheit, das in der Bundeswehr ausgebildet wird, unterminiert?

Nachtwei: Ja, das scheint mir auch in der Tat unter diesem Minister und seinem Leiter des Presse- und Informationsstabes, wie ich das vor allem von Journalisten höre, extrem geworden zu sein. Also, diese Abschottungspolitik, diese ausdrückliche Nichtoffenheit. Und das ist dann auch ein enormes Pro-

blem vor dem Hintergrund des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform. Der Staatsbürger in Uniform, dem eine Binde vor den Mund gepflastert wird.

Flocken: Der Wehrbeauftragte des Bundestages soll ja helfen bei der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte. Er ist aber - wie es ganz offiziell heißt - ein Hilfsorgan des Bundestages, er hat vergleichsweise wenig Mitarbeiter. Ist da nicht eine Reform des Amtes des Wehrbeauftragten überfällig? Muss man nicht die Voraussetzungen schaffen, dass die Streitkräfte noch besser kontrolliert werden?

Nachtwei: Ja, de facto kann ich aber sagen, dass das Amt des Wehrbeauftragten schon ein kräftiges Hilfsorgan des Bundestages ist. Soviel wie der Wehrbeauftragte an Kontrolle leistet, leisten wir als Parlamentarier nicht. Also, der verfolgt da bestimmt auch Entwicklungen viel intensiver, viel kontinuierlicher. Er ist also als Amt und Funktion unverzichtbar. Was dringend notwendig wäre ist, - abgesehen von den personellen Ressourcen, die wahrscheinlich etwas knapp sind - dass der Wehrbeauftragte auch in die Unterrichtung zu den Geheimeinsätzen einbezogen wird.

Flocken: Das ist er im Augenblick nicht?

Nachtwei: Das ist er im Augenblick nicht. Und das wäre deshalb besonders wichtig, weil ja gerade, bei den entsprechenden Verbänden und Einheiten, die mit Geheimeinsätzen zu tun haben, es zu einem Spannungsverhältnis zu den Anforderungen der Inneren Führung kommen kann.

Flocken: Können Sie das erläutern? Was meinen Sie damit?

Nachtwei: Bei Spezialeinheiten, die ja nun nach innen gerichtet sind, die sozusagen ihre Erfahrungen, ihre Belastungen nicht mit anderen teilen können, nicht einmal mit der Familie, da ist es gerade zwangsläufig oder auch für die Einsatzbereitschaft sehr wichtig, dass sie eine besondere Kohäsion haben, also einen besonderen Zusammenhalt. Und damit einhergehen kann dann oft ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich über andere erhebt. Bis hin zu einem Korpsgeist, Elitedenken usw. Und da kann es zu einem Spannungsfeld mit dem Staatsbürger in Uniform kommen, der ja auf Offenheit an sich angelegt ist, durch Wahrnehmung seiner Grundrechte. Der Staatsbürger in Uniform soll sich am politischen Streit also ruhig beteiligen. Bei solchen Spezial-Einheiten oder bei Fallschirmjägern - aber ich will da nichts unterstellen - ist das Risiko oder die Neigung, dass sich Subkulturen und abgeschottete Subkulturen etwas

größer entwickeln, vorhanden. Und deshalb wären auch solche Befugnisse [für den Wehrbeauftragten] ganz angebracht.

Flocken: Das heißt, Sie halten es für notwendig, dass man die Kommandosoldaten oder Spezialkräfte intensiver kontrolliert, als die normale Truppe, weil möglicherweise dort Tendenzen auftreten, die nicht demokratisch sind?

Nachtwei: Nicht intensiver kontrolliert. Die sind jetzt viel weiter weg von der Kontrolle. Ich besuch' doch im Einsatzgebiet keine KSK-Soldaten. Im besten Fall erkenne ich sie in der Transall und spreche sie kurz an. Aber das ist es dann auch schon.

Flocken: Der Bundestag muss ja den Auslandseinsätzen immer zustimmen. Aber manchmal hat man den Eindruck, dass diese regelmäßigen Verlängerungen der Mandate nur Routine sind. Fehlt nicht eine grundsätzliche kritische Auseinandersetzung und Diskussion über Auslandseinsätze im Bundestag, und zwar jenseits der Mandatsverlängerung, die dann zu einem bestimmten Zeitpunkt ansteht?

Nachtwei: Ja, Sie sprechen an, den grundsätzlichen Mangel einer kontinuierlichen und tieferen außen- und sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik, in der Öffentlichkeit und im Parlament. Das ist richtig. Durch die Bank sind es immer nur anlassbezogene und einsatzentscheidungsbezogene Debatten, die dann in der Regel auch auf das Militärische verkürzt sind, denn es geht ja um die Entsendung von Bundeswehrosoldaten. Aber wir wissen gleichzeitig, dass diese Einsätze nur Sinn machen, wenn sie eingebettet sind in ein umfassenderes Krisenengagement. Und das Letztere wird dabei dann völlig vernachlässigt. Bei der Komponente Polizei ist das ja besonders deutlich geworden. Weiterhin gibt es bei diesen Mandatsverlängerungsdebatten die Neigung, dass sie oft wie so ein closed-shop ablaufen, also in einer Sprache geführt werden, mit der man der Bevölkerung kaum verständlich machen kann: Was läuft da? Wie läuft da? Warum? Was bringt es? Warum ist es notwendig? Welche Fragwürdigkeiten und Risiken sind damit verbunden? Also, dieses Mitnehmen der Bevölkerung kommt viel zu kurz.

Flocken: Wie könnte man das ändern?

Nachtwei: Das könnte man dadurch ändern, dass in einer neuen Legislaturperiode die neue Bundesregierung ein Grundlagendokument zu den sicherheitspolitischen Perspektiven, zu ihrer sicherheitspolitischen Strategie der nächsten

vier Jahre entwickelt. Das Grundlagendokument kann sich dann nicht nur auf das Militärische beziehen. Es muss dann ressortübergreifend sein. Man muss es jetzt auch endlich einmal darauf anlegen, diese Thematik nicht nur im Parlament zu debattieren.

Flocken: Sie vermissen eine breite Diskussion über die Sicherheitspolitik. Nun ist in der Bundeswehr hinter vorgehaltener Hand zu hören, dass auch zum Teil manchem Verteidigungspolitiker der volle Sachverstand fehlt und auch das Interesse an der Verteidigungspolitik - so ist es manchmal zu hören. Eine Wahrnehmung, die nicht ganz falsch ist?

Nachtwei: Ich kann dieser Wahrnehmung leider nicht widersprechen. Wir haben eine beunruhigende Kluft zwischen dem, was sich gerade im Rahmen der Bundeswehr an Kompetenz, an Erfahrungen und so angesammelt hat, und wo diese Erfahrungen auch sehr vielfältig sind, auch bei einzelnen Offizieren – wenn man sich die ganzen Werdegänge anguckt. Und im Bundestag gibt es relativ wenige, die freiwillig in den Verteidigungsausschuss gehen, und die dann auch schon einen sicherheitspolitischen Vorlauf hätten. Das heißt: nicht wenige sind aus anderen Gründen in den Ausschuss reingekommen. Sie müssen sich in den Stoff einarbeiten, und das wird in unterschiedlicher Intensität gemacht. Insgesamt haben wir erhebliche Rückstände an sicherheitspolitischer Kompetenz in der Politik.

Flocken: Sie waren regelmäßig in Afghanistan und anderen Einsatzorten der Bundeswehr im Ausland, und zwar nicht nur im Tross des Ministers bei Minister-Reisen. Vor allem von Parlamentariern, die sich auch um die Bundeswehr kümmern und Verteidigungspolitiker sind, kann man das allerdings nicht immer sagen. Muss man sich aber nicht vor Ort selbst ein Bild machen, und zwar regelmäßig, wenn man Verteidigungspolitik kontrollieren will?

Nachtwei: Sich vor Ort selbst ein Bild zu machen, ist von entscheidender Bedeutung, das ist richtig. Es ist dann in der Realität allerdings auch immer wieder schwierig, richtig vor Ort zu kommen. Denn bei solchen Parlamentarier- und Politikerbesuchen gibt es auch immer wieder die Neigung zum goldenen Käfig: man hat fast nur mit den Stabsoffizieren, mit Kommandeuren zu tun. Man hat also mit dem Teil der Bundeswehr zu tun, der ganz gewandt ist in der Sprache des Staatsbürgers in Uniform. Aber man ist weit weg von den vielen anderen Realitäten der Bundeswehr.

Flocken: Sie kriegen also die Wirklichkeit nicht richtig zu sehen?

Nachtwei: Begrenzt, begrenzt. Man kriegt bestimmte Perspektiven, ja das kriegt man mit. Aber zum Beispiel die Gesamtstimmung - das ist schwierig. Aber wie soll man das auch hinkriegen, wenn man dann also möglicherweise nur einen halben Tag oder ein paar Stunden aufschlägt. Also das ist dann sowieso schon ein Hindernis. Und deshalb ist es umso besser, dass zum Beispiel der Wehrbeauftragte jedes Jahr eine ganze Woche in einem Einsatzgebiet ist. Da hat man dann endlich die Ruhe für Gespräche, gerade abends beim Bier –das ist unheimlich wichtig. Als ich vor ein paar Jahren auch mal eine ganze Woche alleine in Kabul war, waren diese vielen Begleitgespräche wichtig, und das ist natürlich das A und O, dass man nicht nur angewiesen ist auf die bekannten Powerpoint-Präsentationen und Briefings. Aber die Forderung an die Politiker, an die Abgeordneten [die Truppe zu besuchen] ist einerseits richtig. Auf der anderen Seite ist es natürlich ein Problem für die Truppe. Im Juni haben wir das noch besonders deutlich gemerkt, dass in Afghanistan alle paar Tage Delegationen aufschlugen. Und da die Bundeswehr natürlich so etwas immer perfekt organisieren muss, ist es also ein Aufwand sondergleichen. Außerdem darf den Besuchern absolut nichts passieren. Und deshalb kann die Truppe nur begrenzt solche Besuche vertragen, gerade in Afghanistan.

Flocken: Muss man denn immer alles perfekt organisieren von Seiten der Bundeswehr? Ist das dann nicht so, dass dann der Abgeordnete erst recht die Realität nicht zu sehen bekommt?

Nachtwei: Richtig, in der Tat. Uns ist es natürlich angenehm, dass alles sozusagen klappt. Aber es wäre manchmal für beide Seiten besser, wenn der Organisationsaufwand etwas reduziert werden würde.

Flocken: Die Innere Führung, also das Konzept vom Staatsbürger in Uniform, gilt ja als Markenzeichen der Bundeswehr. Man hat aber manchmal den Eindruck, dass sich Soldaten, insbesondere wenn sie Karriere machen, immer angepasster verhalten, und sich geradezu hinter dem Primat der Politik verstecken, und manchmal nicht Klartext reden, wo Klartext durchaus bei Missständen angebracht wäre. Ist das nicht ein falsches Verständnis vom Primat der Politik? Müsste manchmal nicht viel mehr Zivilcourage auch von militärischen Führern zu Tage treten?

Nachtwei: Der Primat der Politik, das ist völlig richtig, wird nirgendwo von Soldaten und Offizieren nach meiner Erfahrung in Frage gestellt. Auf der anderen Seite muss man gehörig aufpassen, dass gerade bei einer Armee der Inneren Führung der Primat der Politik nicht zu einer leichten Entlastung wird. Nämlich zur Entlastung von den eigenen staatsbürgerlichen Pflichten. Und derjenige, der mit Sicherheitspolitik ganz konkret, vielleicht sogar mit hohem Risiko zu tun hat, muss auch die Möglichkeit haben, dieses sozusagen über seinen Erfahrungsbericht hinaus kund zu tun - auch in der öffentlichen Diskussion. Ich habe es erlebt, dass bei Veranstaltungen zum Afghanistaneinsatz die Bundeswehr nicht bereit war, bestimmte einsatzerfahrene Offiziere dahin zu lassen. Da habe ich manchmal den Eindruck oder den Verdacht, dass es da regelrechte Maulkörbe gibt. Und diese kompetenten Erfahrungsstimmen von Praktikern, die fehlen uns in der sicherheitspolitischen Debatte ganz enorm. Und es kommt etwas weiteres hinzu: ich höre jetzt zunehmend, dass gerade bezogen auf Afghanistan sich bei vielen Offizieren zunehmend eine Schere ausweitet, zwischen dem, was ihre Einschätzung ist, was ihre sehr skeptische Einschätzung ist, und dem, was sie offiziell vertreten müssen.

Flocken: Ist das nicht bedenklich?

Nachtwei: Und ob. Das ist bedenklich, weil so etwas Innere Führung zersetzt. So deutlich muss man es sagen. Es zersetzt also Innere Führung.

Flocken: Da versteckt man sich ja hinter dem Primat der Politik. Man hat ein anderes Verständnis von Innerer Führung. Denn Innere Führung heißt ja auch, wie der Bundespräsident es selber gesagt hat, Klartext zu reden, wenn etwas schief läuft oder schief laufen könnte. Und dazu ist offenbar die Bundeswehr nicht richtig bereit.

Nachtwei: Ja, das ist offenkundig so. Und dazu gehört allerdings auch die Politik, die im Rahmen des Primats der Politik sich gefallen lassen muss, dass auch aus der Truppe mal öffentlich etwas gesagt wird. Und dass nicht jede kritische Wortmeldung sozusagen als Majestätsbeleidigung der Politik aufgefasst wird.

Flocken: Immer wieder wird eine Distanz zwischen Bundeswehr und Gesellschaft beklagt. Bundespräsident Köhler hat des öfteren von einem freundlichen „Desinteresse“ der Gesellschaft an der Bundeswehr gesprochen. Woran liegt das?

Nachtwei: Es stimmt. Das ist auch meine Beobachtung, dass es so ein Auseinanderdriften gibt zwischen Gesellschaft, Zivilgesellschaft und Streitkräften. Das liegt einmal schlichtweg daran, dass die Bundeswehr immer mehr aus der Fläche verschwunden ist. Dann sind da die Auslandseinsätze: Vater oder Mutter sind dadurch zum Beispiel nicht mehr beim Elternbeirat. Geht nicht mehr. Und dann schließlich ist es ein Nebeneinander von zum Teil krass unterschiedlichen Welten. Das ist mir jedes Mal aufgefallen, wenn ich samstagsabends in Köln-Wahn aus Afghanistan kam. Am Freitag habe ich noch eine Situation erlebt, wo es vielleicht Raketenbeschuss gegeben hat, wo die Soldaten draußen in Lebensgefahr waren. 24 Stunden später komme ich dann in Köln an: Samstagabendbetrieb, sommerliche Feierlaune, Ausgeh-Laune. Das ist so ein krasses Nebeneinander von verschiedenen Welten, worunter die Soldaten auch besonders leiden. „Freundliches Desinteresse“ hat der Bundespräsident gesagt. Ich habe den Eindruck, dass sich das inzwischen zum Teil verdüstert hat. Nämlich zum Teil Richtung „kalte Schulter“. Ich erinnere mich an einen Einsatzsoldaten aus Afghanistan, der dort Schlimmes mitgekriegt hat, und der das seinem Bürgermeister erzählt hat. Ein Bürgermeister, der von der Parteizugehörigkeit her eigentlich sehr Bundeswehr nah ist. Und der hat ihm nur gesagt: „Das machen Sie für A9?“ Das war alles. Und dann fassen sich solche Leute an den Kopf.

Flocken: Die Bundeswehr wünscht sich aber diese Rückendeckung für die Streitkräfte aus der Gesellschaft. Kann man das aber verordnen?

Nachtwei: Nein, ganz und gar nicht verordnen. Man kann es auch nicht durch Symbole klären, wie das jetzt der Minister verstärkt zu tun scheint.

Flocken: Zum Beispiel?

Nachtwei: Jetzt, zum wiederholten Male durch Öffentliche Gelöbnisse vor dem Bundestag, also vor dem Reichstag. Im Einzelfall ist das legitim, weil die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist. Sie soll in der Gesellschaft integriert sein und dann kann es auch auf so einem öffentlichen Platz sein. Nur - als fortgesetzte Demonstration hat das etwas anderes. Oder dann die Tapferkeitsauszeichnung, die von den Soldaten ausdrücklich gewünscht wird. Das kann ich sehr nachvollziehen. Aber trotzdem ist auch das wiederum eine Symbolhandlung. Oder das Ehrenmal, das als öffentlicher Erinnerungsort an gestorbene Soldaten auch seine Berechtigung hat. Aber in dieser ganzen Reihe gehört das

zu den Symbolhandlungen, die im Grunde einen engen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Streitkräften simulieren, der de facto aber so nicht besteht.

* * *

Flocken:

Winfried Nachtwei, der verteidigungspolitische Sprecher von Bündnis90/Die Grünen, der nach 15 Jahren im Parlament nicht mehr für den Bundestag kandidiert.

Präsident Obama hat in dieser Woche eine Kehrtwende bei der US-Raketenabwehr angekündigt. Die von seinem Vorgänger geplante Raketenstellung in Polen sowie die Radaranlage in Tschechien werden nun doch nicht gebaut. Begründet wird dieser Schritt u.a. damit, dass die Entwicklung der iranischen Langstreckenraketen nicht so weit fortgeschritten sei wie bisher angenommen. Die Bedrohung durch den Iran wird also inzwischen in den USA anders eingeschätzt. Mit Teheran soll im kommenden Monat wieder verhandelt werden. Das Ziel ist, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Das gilt auch für Nordkorea. Nur: anders als Teheran hat Pjöngjang bereits die Bombe. Die Verhandlungen mit Nordkorea sind äußerst schwierig. Denn das Verhalten der nordkoreanischen Führung ist schwer berechenbar. So erklärte sich das Regime kürzlich noch zur Aufgabe des Atomprogramms bereit – doch im April startete Nordkorea trotz eines Verbots der Vereinten Nationen eine Langstreckenrakete. Und einen Monat später unternahm Pjöngjang einen zweiten Atomtest. Wie soll man also umgehen mit Nordkorea? - Die USA wollen trotz der jüngsten Provokationen den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Informationen von Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

Die Obama-Administration ist zu direkten Gesprächen mit Nordkorea bereit. Washington sieht darin die Chance, Nordkorea wieder dazu zu bewegen, sich an den Sechs-Parteien-Verhandlungen zu beteiligen und vor allem sich an das im Frühjahr 2007 abgeschlossene Denuklearisierungsabkommen zu halten.

Damit hat eine neue Runde in dem nun mehr als zwanzig Jahre dauernden Nuklearpoker begonnen. Ob Nordkorea jemals bereit sein wird, sein kleines Atomwaffen-Arsenal aufzugeben, kann gegenwärtig wohl niemand mit Sicherheit sagen - vielleicht nicht einmal der nordkoreanische Führer Kim Jong Il selbst. Sicher ist: Pjôngjang sieht die Atombombe auch als ein Mittel, das Regime vor einem US-Angriff zu schützen. Die nordkoreanische Bedrohungswahrnehmung gehe auch auf die Politik der USA zurück, meint John Steinbrunner, der Leiter des angesehenen Zentrums für Internationale und Sicherheitsstudien an der Universität von Maryland:

O-Ton Steinbrunner (overvoice)

„In den USA ist man sich nicht einig. Ein Teil des politischen Systems will das nordkoreanische Regime stürzen und widersetzt sich jeder Verständigung.“

Trotz der Bedrohungswahrnehmung in Nordkorea glaubt John Steinbrunner, dass Pjôngjang dazu bewegt werden kann, seine Atomwaffen vollständig aufzugeben:

O-Ton Steinbrunner (overvoice)

„Sie haben verstanden, dass Nuklearwaffen für sie nur einen Sinn machen als Trumpfkarte bei Verhandlungen. Eine kleine Anzahl von Nuklearwaffen ist nicht nützlich gegen einen Gegner wie die USA. Sie sind eher eine Provokation als ein Mittel der Abschreckung.“

Weniger optimistisch ist Herbert Wulf, Nordkorea-Kenner und langjähriger Chef des Internationalen Konversionszentrums in Bonn:

O-Ton Wulf

„Ob Nordkorea wirklich Atomwaffen will, ist schwer zu beantworten. Ich glaube, dass Nordkorea sich die Option offenhalten will, aber gleichzeitig auch die Trumpfkarte Atomwaffen nutzen will, um Verhandlungen zu führen, um dann möglichst viel an Wirtschaftshilfe zu bekommen.“

Steinbrunner und Wulf stimmen darin überein, dass man nur in ernsthaften Verhandlungen tatsächlich herausfinden kann, ob Nordkorea letztlich bereit sein wird, sein Atomwaffenprogramm rückgängig zu machen. Aber auch ein Einfrieren des Programms durch Verhandlungen wäre schon ein sicherheitspolitischer Gewinn.

Von neuen Gesprächen mit Nordkorea hält hingegen der Washingtoner Sicherheitsexperte Henry Sokolski wenig. Er war viele Jahre lang für republikanische Verteidigungsminister und Kongressabgeordnete tätig:

O-Ton Sokolski (overvoice)

„Das nährt nur die Erwartung, das nukleare Problem sei gelöst. Aber ich glaube, solche Gespräche werden nichts ändern. Wir brauchen vielmehr Gespräche mit den Nachbarn Nordkoreas. Gesprochen werden muss über die Möglichkeit, dass das Regime zusammenbricht. Diese Gespräche sind mindestens so nötig wie Verhandlungen mit Nordkorea.“

Doch sich auf einen Kollaps des nordkoreanischen Regimes vorzubereiten, könnte kontraproduktiv sein. Es würde in Pjöngjang sicherlich nicht als freundlicher Akt gewertet werden. Mehr Kompromissbereitschaft dürfte so nicht zu erreichen sein.

Nordkorea hat sich wiederholt vertraglich verpflichtet, das Atomprogramm einzustellen und die Nuklearanlagen zu verschrotten. Diese Zusagen wurden aber immer wieder gebrochen. Zwei Atomtests und eine de facto Nuklearmacht Nordkorea mit sechs bis acht Atomsprengköpfen sind das Ergebnis. Doch an dieser Entwicklung ist nicht allein Nordkorea Schuld. Eine Hauptverantwortung trägt auch die Bush-Administration, meint der Konfliktforscher Herbert Wulf:

O-Ton Wulf

„Das Problem auf der US-Seite lag darin, dass das Außenministerium verhandeln wollte, und den Nordkoreanern auch immer signalisiert hat, wir wollen verhandeln. Das Verteidigungsministerium und Vizepräsident Cheney aber immer wieder betonten, mit Schurkenstaaten verhandeln wir nicht, wir besiegen Schurkenstaaten.“

Schon 1994 hatte Bill Clinton einen Vertrag mit Nordkorea abgeschlossen. Darin verpflichtete sich Pjöngjang, den Atomreaktor sowie die Wiederaufarbeitungsanlage stillzulegen. Als Gegenleistung sollte Nordkorea Öllieferungen sowie zwei Leichtwasserreaktoren erhalten. Als George W. Bush 2001 das Präsidentenamt übernahm, legte er diese Vereinbarung erst einmal auf Eis. Begründet wurde dieser Schritt u.a. mit dem Hinweis, dass Nordkorea an der Anreicherung von Uran arbeite. Richtig war zwar, dass Nordkorea offensichtlich entgegen seiner Verpflichtung an einer Urananreicherung geforscht hat. Doch das

Ausmaß der Urananreicherung wurde vom US-Geheimdienst deutlich überschätzt.

Anfang dieses Monats hat Nordkorea allerdings erstmals zugegeben, Uran angereichert zu haben. „Die experimentelle Urananreicherung ist so erfolgreich, dass die Endphase begonnen werden kann“, hieß es in einer Erklärung aus Pjöngjang. Was diese vorsichtige Formulierung genau bedeutet, ist allerdings unklar. Das südkoreanische Verteidigungsministerium schließt jedoch nicht aus, dass es sich dabei nur um „reine Rhetorik für Verhandlungen“ handele. Auch der Konfliktforscher Herbert Wulf warnt vor einer Dramatisierung: Nordkorea könne möglicherweise inzwischen im Laborversuch Uran anreichern, von einer industriellen Fertigung, um auf diesem Wege womöglich Uran für Atombomben herzustellen, sei das Land jedoch noch weit entfernt:

O-Ton Wulf

„Das übliche Spiel der Nordkoreaner besteht ja darin, möglichst Trumpfkarten zu ziehen, und ich halte dieses im Fall der Urananreicherung auch für einen solchen Versuch.“

Für diese Interpretation spricht auch, dass Nordkorea schon seit Monaten darauf hinweist, es plane den seit Jahren still liegenden Bau eines atomaren Leichtwasserreaktors eigenständig fortzusetzen. Es könnte gut sein, dass es mit dem Hinweis auf die Urananreicherung, die ja für die Herstellung von Brennstäben für zivile Kernkraftwerke erforderlich ist, seine Forderung nach Lieferung entsprechender Kraftwerke wieder in die Verhandlungen einbringen will. Denn das Regime hat ja noch genug abgebrannte Kernbrennstäbe, deren Wiederaufarbeitung den Bau weiterer Plutonium-Atombomben auf viel schnellerem Wege ermöglicht.

Das Misstrauen zwischen Washington und Pjöngjang hat jedenfalls durch die Erklärung, Nordkorea reiche Uran an, wieder zugenommen. Trotzdem ist die Obama-Administration bereit, erneut zu verhandeln.

Tatsächlich gibt es zum Dialog auch keine Alternative. Eine militärische Lösung wäre sowohl für Nord- als auch für Südkorea verheerend. Sanktionen treffen

das ohnehin international weitgehend isolierte Land kaum. 73 Prozent des nordkoreanischen Handels wird mit China abgewickelt. Und China ist nicht bereit, ein Wirtschaftsembargo zu verhängen, weil es dann eine nordkoreanische Flüchtlingswelle zu befürchten hätte.

Um allerdings diesmal bei Verhandlungen erfolgreich zu sein, müsste die Obama-Administration eine kohärente Politik verfolgen. Dazu gehört auch die diplomatische Anerkennung Nordkoreas durch die USA – ein Schritt, den Russland und China bereits vor 15 Jahren gegenüber Südkorea gemacht haben. Außerdem müssten die Angebote an Nordkorea deutlich verbessert werden, sagt Herbert Wulf:

O-Ton Wulf

„Bisher wird ja verhandelt auf der Ebene: Wir wollen möglichst wenig geben, und möglichst viel sollen die Nordkoreaner abgeben, sprich, das Atomprogramm schließen. Man müsste den Spieß umdrehen und den Nordkoreanern ein solch großzügiges Angebot machen, dass die Nordkoreaner gar nicht mehr Nein sagen können.“

Der US-Sicherheitsexperte John Steinbrunner fordert ebenfalls eine Zusicherung Washingtons, das nordkoreanische Regime nicht stürzen zu wollen. Sogar Gipfeltreffen seien sinnvoll und notwendig:

O-Ton Steinbrunner (overvoice)

„Ich bin dafür, dass Hillary Clinton direkte Gespräche führt. Und um ein Abkommen unter Dach und Fach zu bekommen, müssten wir wohl sogar den Präsidenten nach Pjöngjang schicken.“

* * *

Flocken:

Soweit der Bericht von Jerry Sommer.

Die EU will auch auf dem internationalen Parkett mit einer Stimme sprechen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder von der ESVP die Rede, von der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Über einige der hierfür notwendigen militärischen Instrumente verfügt die Europäische Union bereits. So gibt es seit einigen Jahren zwei Eingreifverbände: die sogenannten EU-

Battlegroups. Eingesetzt wurden diese Verbände bisher allerdings noch nie – obwohl es schon mehrmals Anfragen gegeben hat. Ende des Monats wollen die EU-Verteidigungsminister nun darüber beraten, ob das gegenwärtige Battlegroup-Konzept noch zeitgemäß ist. Hören Sie Christoph Prössl:

Manuskript Christoph Prössl

Im Dezember des vergangenen Jahres war die Situation für viele Flüchtlinge im Osten des Kongo besonders schlimm. Mehr als 250.000 Menschen waren auf der Flucht – weil Rebellen um den Anführer Laurent Nkunda und die kongolesische Armee sich Kämpfe lieferten. Schicksale in Flüchtlingslagern gab es viele, wie das von Marie Gorett:

O-Ton (overvoive)

„Wir sind seit einem Jahr auf der Flucht. Jetzt haben wir uns hierher durchgeschlagen und sitzen schon wieder in der Falle. Überall wird gekämpft, aber ich weiß nicht mehr wohin.“

Ihr Verschlager war in einem Flüchtlingslager zwischen den Fronten.

Die Vereinten Nationen machten damals Druck auf Europa. Die EU sollte Kampftruppen in den Osten des Kongo entsenden. Angesichts einer nahezu vollständigen Auflösung der kongolesischen Streitkräfte sei eine umgehende Stationierung europäischer Einheiten die einzige Chance, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, hieß es ungewöhnlich deutlich in einem Brief des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon an den EU-Chefdiplomaten Javier Solana.

Damals waren bereits 17.000 Blauhelm-Soldaten aus verschiedenen Ländern im Kongo stationiert. Ban Ki Moon forderte, 3.000 europäische Soldaten für eine Übergangszeit von zunächst vier Monaten zu stationieren - bis zur weiteren Aufstockung der UN-Truppe.

Beim Treffen der EU-Außenminister am 8. Dezember 2008 schlugen einige EU-Staaten vor, die beiden europäischen Battlegroups in den Kongo zu schicken. Diese Kampfgruppen von je 1.500 Mann sind in ständiger Einsatzbereit-

schaft. Die erste Battlegroup bildeten Großbritannien und Frankreich 2005. In jedem Halbjahr wechseln die Truppensteller. Das Ziel: Die EU soll schnell auf Krisen und Konflikte reagieren können. In erster Linie geht es um Einsätze mit einem Mandat der Vereinten Nationen. Die Soldaten sind innerhalb von 10 Tagen einsatzbereit.

Doch im Dezember 2008 kamen die EU-Battlegroups nicht zum Einsatz. Er war politisch nicht gewollt. Deutschland stimmte dagegen und der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn brachte es auf den Punkt: Kein politisch Verantwortlicher schicke seine Soldaten in den Kongo, um dort zu sterben. Die Battlegroups blieben zu Hause. Das ist bis heute so geblieben. Elmar Brook, Europaabgeordneter der CDU:

O-Ton Brook

„Nun, wenn die Europäische Union doch an verschiedenen Teilen der Erde Einsätze fährt, Kongo, Darfur, West-Balkan, und dafür auch die Battlegroups aufgestellt hat, dann ist es sinnvoll, dass sie auch eingesetzt werden können, und dass es nicht immer einen endlosen Streit gibt, welche nationalen Gruppen wie zusammen gesetzt werden, unter welchem Kommando, dann sollte man dieses Instrument wirklich nutzen. Und deswegen müssen wir Wege finden, dass einzelne Staaten dies nicht blockieren können.“

Darum geht es der schwedischen Ratspräsidentschaft. Deswegen steht das Thema Ende des Monats auf der Agenda der Verteidigungsminister. Den Schweden ist das Thema besonders wichtig. In den vergangenen Jahren hat das Land seine militärischen Fähigkeiten reduziert. Mehr als in anderen Ländern schaut Stockholm auf die Verteidigungsausgaben: Im ersten Halbjahr 2008 – als Schweden mit anderen nordischen Staaten eine Battlegroup stellte, habe das 100 Millionen Euro extra gekostet, heißt es von Offiziellen. Geld für nichts und wieder nichts, klagen Diplomaten. Die Lastenverteilung war eigentlich auch eine zentrale Idee bei der Gründung der EU-Kampfgruppen. Wolfgang Kreissl-Dörfler, Europaabgeordneter der SPD:

O-Ton Kreissl-Dörfler

„Ein Vorteil ist natürlich auch, das muss man sehen, wenn man so was will, dass auch kleinere Länder teilnehmen können und nicht immer sagen können: das machen jetzt mal die Großen, die haben sowieso die Armeen, die sollen das mal regeln. Aber das ist natürlich ein Vorläufer oder ein Bestandteil einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nur, jetzt sind die Minister aufgefordert, endlich mal klar zu definieren, was sie wollen.“

Schwedische Diplomaten sagen, es soll um klare Regeln gehen, wann die EU Battlegroups eingesetzt werden können. Denkbar seien auch Entscheidungsmechanismen, die nicht mehr die Zustimmung aller EU-Staaten erforderlich machen. Doch diese Idee dürfte zu ehrgeizig sein. Die meisten Staaten wollen eigene Soldaten nicht ohne ihre Zustimmung in Konfliktregionen schicken:

O-Ton Kreissl-Dörfler

„Eines ist auch klar, das gilt gerade für Deutschland, und das ist sehr wichtig: dass bei jedem Einsatz der Deutsche Bundestag daran beteiligt ist und darüber entscheiden muss. Ich höre diese Mär schon wieder von der Linken, die dann kommt: ja die Militarisierung der EU-Außenpolitik. Das ist natürlich Quatsch. Der Deutsche Bundestag muss immer zustimmen. Und so soll es auch sein.“

Mit Entscheidungen auf der Tagung der EU-Verteidigungsminister am 28. und 29. September in Göteborg ist daher nicht zu rechnen. Damit bleibt der Einsatz der EU-Eingreifverbände als Instrument einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ungewiss. Wenn wir zu lange warten, sagte ein Diplomat, dann könnte es die Battlegroups bald nicht mehr geben. Eine Befürchtung, die nicht aus der Luft gegriffen ist. Bereits jetzt ist die Truppe manchmal nur bedingt einsatzbereit. Denn einige Staaten sind inzwischen zu einer fragwürdigen Praxis übergegangen: Es werden zwar Einheiten für die EU-Battlegroups benannt. In Wahrheit sind diese aber nicht innerhalb von zehn Tagen einsatzbereit. Es könnte also dauern, bis diese Einheiten in ein Krisengebiet verlegt werden.

* * *

Flocken

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.